Freiheitliche Landtagsfraktion
Silvius-Magnago-Platz 6
I - 39100 Bozen (BZ)
Tel.: +39 0471 946158
freiheitliche@landtag-bz.org
freiheitliche@pec.prov-bz.org
die-freiheitlichen.com

An den
Präsidenten des Südtiroler Landtages
Herrn Dr. Josef Noggler
Bozen

Bozen, den 24. Oktober 2019

BESCHLUSSANTRAG

Kollektivverträge mit Landeszusatzverträgen verbessern

Seit vielen Jahren liegt die Inflationsrate in Südtirol wesentlich über dem gesamtstaatlichen Wert. Wie die jüngsten Berechnungen des AFI, welche in einer Pressemitteilung am 18. Juli 2019 veröffentlicht wurden, zeigen, „[…] haben die Lebenshaltungskosten in Südtirol mittlerweile ein Niveau erreicht, das – abhängig von der Berechnungsmethode – zwischen 21 und 23% über dem gesamtstaatlichen Wert liegt."[1] Darüber konnte in den vergangenen Jahren die Lohnentwicklung nicht mit der Inflation mithalten. „Insgesamt lag die Lohnentwicklung 2010-2017 in Südtirol unter der Inflationsrate, trotz steigender Arbeitsproduktivität. Besonders nachteilig war sie im Jahr 2017 mit einem rechnerischen realen Verlust von -3,5% (nur Vollzeitbeschäftigte: -2,8%). Im öffentlichen Dienst stiegen die Kollektivlöhne im Zeitraum 2010 bis 2019 (je nach Funktionsebene) nominal zwischen +2,9 und +5,6%, wobei die Inflationsrate im selben Zeitraum genau +16,0% betrug (die realen Lohneinbußen liegen also zwischen -10 und -13%)."[2]

Die Schere zwischen den Löhnen und den Lebenshaltungskosten driftet in Südtirol zusehends auseinander. Ein Großteil der Arbeitnehmer im Privatsektor und im öffentlichen Dienst sind der Überzeugung, dass das Verhältnis zwischen dem Einkommen und den Lebenshaltungskosten nicht mehr im Einklang ist.

Die gesamtstaatlichen Kollektivverträge in der Privatwirtschaft in Kombination mit der hohen Inflationsrate in Südtirol verlangen nach Landeszusatzverträgen in jenen Branchen, wo noch keine abgeschlossen wurden. Zwar wurden beim Handwerk, beim Baugewerbe, der Industrie, der Landwirtschaft, dem Hotel- und Gastgewerbe sowie anderen Sektoren Zusatzverträge bereits abgeschlossen, diese betreffen jedoch hauptsächlich die normativen Aspekte wie das Urlaubsausmaß, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall oder die Gewerkschaftsrechte, jedoch nicht oder zu wenig umfassend den wirtschaftlichen Teil, weshalb in vielen Bereichen Nachholbedarf besteht. In bestimmten Berufsfeldern, wie bei den Kinderbetreuern herrscht bereits ein Personalmangel, da die vertraglichen Löhne nicht den Gegebenheiten Südtirols entsprechen. Die bestehenden Verträge auf staatlicher Ebene können die lokalen Bedürfnisse nicht berücksichtigen und tragen den regionalen Bedingungen und wirtschaftlichen Entwicklungen kaum Rechnung. Es gilt bei den Vertragsverhandlungen das lokale Wirtschaftsgefüge zu berücksichtigen, um Wettbewerbsnachteile auszuschließen. Im Sinne des Föderalismus und der Subsidiarität sind Initiativen zur Behebung dieser schlussendlich gesamtwirtschaftlich nachteiligen Situation unumgänglich.

Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände sind daher angehalten, auf lokaler und betrieblicher Ebene Landeszusatzverträge auszuhandeln, wofür die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft. Das Ziel ist die Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten bei der Lohngestaltung in Südtirol und damit der Abbau von Wettbewerbsnachteilen, die beispielsweise die Abwanderung eindämmen. Es soll sichergestellt werden, dass sich die Südtiroler Bevölkerung die Heimat auch in Zukunft leisten kann.

---

[1] Arbeitsförderungsinstitut AFI: Pressemitteilung AFI-Barometer – Sommer 2019, Löhne und Gehälter hecheln den Lebenshaltungskosten hinterher, Bozen: Eigenvervielfältigung, 2019, S. 2.
[2] ebenda.

Der Südtiroler Landtag

f o r d e r t

die Landesregierung auf, mit den in Südtirol vertretenen Sozialpartnern dahingehend eine verhandlungstechnische und rechtliche Grundlage zu finden, damit auf lokaler und betrieblicher Ebene ausstehende Landeszusatzverträge abgeschlossen sowie bereits bestehende um den wirtschaftlich-finanziellen Teil ergänzt werden können, um die Bedingungen der gesamtstaatlichen Kollektivverträge zu verbessern und den Lebenshaltungskosten in Südtirol, welche über jenen des Gesamtstaates liegen, Rechnung tragen.

L. Abg. Ulli Mair

L. Abg. Andreas Leiter Reber